

eMwst: Wir werden den unnötigen Ausbau der Bürokratie rückgängig machen

Derzeit erleben Unternehmerinnen und Unternehmer in Liechtenstein eine Überraschung, wenn sie die Mehrwertsteuer-Abrechnung für das vierte Quartal 2024 einreichen wollen. Bisher gab es zwei Möglichkeiten, die Abrechnung einzureichen. Wahlweise konnte man sie in Papierform einsenden oder man konnte sie online ausfüllen. Aktuell funktionieren beide Varianten nicht mehr (Stand: 13. Januar). Die Papiervariante wurde im Rahmen der eGovernment Bestrebungen ersatzlos gestrichen. Bei der elektronischen Variante wird ein neues System eingeführt. Das neue System ist noch nicht verfügbar, während das alte bereits eingestellt wurde! Deshalb können derzeit keine MwSt-Abrechnungen eingereicht werden. Nun könnte man sich auf den Standpunkt stellen, dass es ja auf ein paar Tage nicht ankommt und unser Staat auch einmal länger auf seine Steuereinnahmen verzichten könne. Wir fragen uns jedoch, wieso

man ein funktionierendes System offline nimmt, während das neue System noch nicht verfügbar ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass das neue System in Zukunft mühsamer zu bedienen ist. So muss neu mittels des Dienstes «eVertretung» der Verwaltungsrat oder die Geschäftsleitung zuerst im Portal definieren, welcher Mitarbeiter Zugriff auf welche Funktionen hat. Berechtigte Mitarbeiter benötigen dazu eine eID. Stammen die Mitarbeiter aus der Schweiz oder Österreich, müssen sie darum zuerst eine eID beantragen, bevor sie wieder die Arbeit ausführen können, die sie zuvor schon gemacht haben. Hat ein Mitarbeiter kein Smartphone, kann er die Arbeit nicht ausführen – ausser der Arbeitgeber stellt ihm ein Smartphone zur Verfügung.

Es ist uns unverständlich, weshalb ein neues System komplizierter ausgestaltet wird als das alte. Hätten die zustän-

digen VU-Ministerien die Wirtschaft bei der Entwicklung mit ins Boot geholt, wäre sicherlich eine bessere Lösung entstanden. Auch zeigt die Verwaltung, dass es bereits heute einfacher geht: Sowohl die eSteuererklärung als auch das AHV-easy-Portal können ohne eID und ohne eVertretung bedient werden. Das sind Beispiele für benutzerorientierte Lösungen. Die FBP setzt sich für den Ausbau der Digitalisierung ein, sie muss jedoch wirtschafts- und benutzerfreundlich ausgestaltet sein und darf nicht zu mehr Bürokratie und Mehraufwand für die Unternehmerinnen und Unternehmer führen. Wir werden uns für eine effiziente Lösung einsetzen und im Gespräch mit den Betroffenen diesen unnötigen Ausbau der Bürokratie rückgängig machen beziehungsweise benutzerfreundlich umsetzen.

Eine Stellungnahme des Präsidium der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP)